

# Russland und EU im Identitätsdilemma

## Identitätstheoretische Arbeitshypothesen

— Essay, 18. Oktober 2022 —

DR. JENS FISCHER, Technische Universität Dortmund

Das Verhältnis von Russland (als Rechtsnachfolgestaat der Sowjetunion) zur Europäischen Union (als Fortschreibeaagregat der Europäischen Gemeinschaften) lässt sich auf der Basis identitätstheoretischer Konzepte politikwissenschaftlich aussagekräftig fassen.

### Das identitätstheoretische Paradigma als vermittelnder Ansatz

#### Das identitätstheoretische Paradigma

Die politische Identität einer politischen Gruppe ist eine Funktion von Eigenkonsistenz und Fremdbegrenzung  
 $PI = f(EK \& FA)$

Eigenkonsistenz und Fremdbegrenzung sind multiplikativ verknüpft, d. h. bei Abwesenheit einer der beiden Funktionsbestandteile fällt der Wert für PI auf null.

#### Eigenkonsistenz

Eigenkonsistenz einer politischen Gruppe lässt sich funktionalistisch über gesellschaftliche Regelkreise verwirklichen oder über Ideologie und Zwang im Sinne eines artikulierten Führungsanspruches einer „Avantgarde“.

Das Motiv nach politischer Identität steht in enger Verbindung zum Machtmotiv. Hier ergibt sich eine Nähe zu systemischem Denken, sofern Macht als Steuerungsmedium des politischen Subsystems von Gesellschaften definiert wird.

#### Fremdbegrenzung

Konsistente Fremdbegrenzung ist konstitutiv für politische Gruppen, weil das politische „Selbst“ ohne ein politisches „Anders“ unverortet im politischen Raum steht.

Das identitätstheoretische Paradigma integriert materialistische, föderalistische, funktionalistische und systemische Gedanken zu einem theoretischen Ansatz, welcher für die Untersuchung des Verhältnisses von Russland und Europäischer Union einen empirisch-analytischen Zugang ermöglicht.

### Das identitätsbasierte Wechselverhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union

#### Die Beziehung zur Europäischen Union aus der Sicht Russlands

Eigenkonsistenz und Fremdbegrenzung waren und sind die zentralen Bestimmungsgrößen der politischen Identität Russlands (und vormals der UdSSR).

Eigenkonsistenz wurde in der Sowjetunion herzustellen versucht über die administrierte Erziehung sozialistischer Menschen, legitimiert durch die führende Rolle der KPdSU in Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär und Gesellschaft.

Fremdbegrenzung gegenüber dem kapitalistischen Westen war eine notwendige Bedingung sowjetischer politischer Identität über die revolutionäre positive kulturelle Eigenart hinaus.

Mit der Auflösung des internationalen politischen Akteurs Sowjetunion stellte sich das Problem politischer Identität für Russland als Rechtsnachfolger neu.

Rückbesinnung auf eine Eigenart als führende slawische Kulturnation konfigurierte mit ökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen einer verringerten Abgrenzung gegenüber den Staaten Westeuropas. Kulturelle Eigenart ist nur bei einer Fremdagrenzung deutlich zu konturieren, eine Reduktion der flexiblen Grenze nach außen bedeutet die Gefahr sinkender Eigenkonsistenz und verminderter politischer Identität.

Die Perzeption westeuropäischer Identität in Russland war seit der Auflösung der UdSSR diffus. Dabei wurde die Interessenharmonie und Interessenhomogenität der westeuropäischen Völker übertrieben positiv wahrgenommen, Gefühle negativer Fremdartigkeit gegenüber Russland und deren kausaler Charakter für eine (west)europäische Identität wurden während dreier Dekaden größtenteils ignoriert und traten erst mit Beginn der 20er-Jahre des 21. Jahrhunderts scharf in den Fokus.

Bestrebungen Russlands nach Kooperation mit EU-Koordinations- und Entscheidungsinstanzen — als makroökonomische Wachstums- und Entwicklungsstrategie — spalteten das Land intrapolitisch über ein Spannungsfeld aus europäischer und nationaler Identität („Ausverkauf“-Hypothese). Konfligierende slawophile versus westlerische Denkhaltungen erlebten ihre Renaissance, die Staaten Ost-Mittel-Europas wurden von Teilen der russischen politischen Klasse als legitimes Einflussgebiet reklamiert.

Mit der Überwindung der Folgen des Interregnums der Troika aus JELZIN, GAIDAR und TSCHUBAIS durch PUTIN erfolgte eine Rückbesinnung weg von der IWF-isierung der Russländischen Föderation hin zu Gedanken an „Samodostatotschnost“, d. h. die eigene politische Stärke auf der Grundlage des russischen Ressourcenreichtums.

Die — letztlich — brüske Ablehnung russischer Kooperationsangebote auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet seitens der EU führte im Verlaufe eines Jahrzehnts zu einer breiteren Aufstellung Russlands mit eurasischer Perspektive flankiert von alternativer Strukturbildung im BRICS- und SCO-Format. Im Zuge der EU-seitigen (unter Führung der USA) Torpedierung bereits realisierter Projekte im Energiesektor erfolgt aktuell eine Beschleunigung dieser Neuorientierung.

### **Die Beziehung zu Russland aus der Sicht der Europäischen Union**

Die politische Identität der Europäischen Union beruht auf Erfahrungen kultureller, politischer und historischer Eigenart sowie einer strikten gruppalen Außenabgrenzung als Feindbildsäule.

Der Europagedanke lässt sich als Eigenkonsistenz-Komponente einer Theorie Politischer Identität begreifen. Er war historisch-diskontinuierlich präsent im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Erfahrung zweier Weltkriege entfaltete die politische Wirkkraft und institutionelle Gestaltung des Europagedankens über die im Laufe der Jahrhunderte ideelle Förderung durch Philosophen und Dichter hinaus. Die Bereitschaft der politischen Eliten Westeuropas zum engeren Zusammenschluss von Staaten ermöglichte die Ausbildung einer europäischen Identität auf der supranationalen Aggregatebene.

Die westeuropäische Integration erfolgte als Kooperation von Regierungen. Die Dominanz der Exekutive im Annäherungsprozess der Nationalstaaten bedeutet ein Element potenzieller Instabilität für den Fall, dass Europaorientierung und Regional- oder Partialinteressen der nationalen Subeinheiten in Konflikt geraten.

Die Diffusion exekutiv-politischer Vorgaben in das Europabewusstsein der westeuropäischen Bevölkerungen wurde zu steuern versucht über Begegnungserfahrungen zwischen den Menschen der EU-Nationen sowie — teilweise — demokratische Wahlpartizipation.

Die europäische Integration besaß stark instrumentellen Charakter zum Aufbau einer europäischen Machtposition im Schatten der USA in scharfer Abgrenzung zu den europäischen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertragssystems, deren Kontur auch durch völkerrechtliche Abkommen und multilaterale Sicherheitszusammenarbeit im KSZE-Prozess (später OSZE) kaum aufgeweicht wurde.

Die schlüssige, permanente, konsistente Outgroup-Operationalisierung der kommunistischen Sowjetunion bedeutete eine notwendige Bedingung für die Kaschierung nationaler Spannungslinien zwischen den EG-Mitgliedstaaten und die Ausbildung von Anzeichen europäischer Identität unter der Bevölkerung EG-Europas.

Vier Feindbildstadien lassen sich idealtypisch für das Feindbild Russland in seinen jeweiligen Ausprägungen zwischen Mitte der 50er und Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ableiten und systematisieren.

Determiniert durch den Kalten Krieg vom Ende des II. Weltkrieges bis in die frühen 1970er Jahre erfolgte die Operationalisierung Russlands als Feindbild kategorisch.

Die Entspannungspolitik der 1970er- und 1980er-Jahre mit ihrer Vielzahl bi- und multilateraler Abkommen zwischen den Staaten West- und Osteuropas — mit einer signifikanten transatlantischen Komponente — führte nicht zu einem Verschwinden des Feindbildes Russland.

Russland behielt für Westeuropa — und die USA — instrumentellen Wert zwecks effizienter Außengruppenabgrenzung, oszillierte als Feindbild allerdings nunmehr zwischen den beiden Polen SCHWACHE FEINDBILDOPERATIONALISIERUNG und STARKE FEINDBILDOPERATIONALISIERUNG eines Feindbildkontinuums.

Die Überwindung des Ost-West-Konfliktes mündete in einen potenziellen Identitätsverlust Westeuropas durch Feindbildverlust.

Mit dem Wegfall der Bedrohung durch das Warschauer Vertragssystem als externe übergeordnete identitätsstiftende Feindbildkomponente wurden nationale Identitäten wieder verstärkt und in Abgrenzung zur europäischen Identität perzipiert.

Gefühle europäischer Eigenart sind nicht stark genug ausgeprägt, um ohne Feindbildskelett identitätsstiftend wirken zu können.

Die neuerliche Etablierung Russlands als übergeordnetes Feindbild mit west-ost-überwölbender identitätsstiftender Wirkung bietet den Möglichkeitsspielraum für ein Europapolygon Lissabon-Brüssel-London-Tallinn-Athen. Russland als Feindbild wirkt auch BREXIT-übergreifend.

Die Revitalisierung des Europagedankens — besonders deutlich in den baltischen Ländern — mit der Akzentuierung kulturgeschichtlicher Gemeinsamkeiten erschien den osteuropäischen Völkern ein Jahrzehnt lang erfolgversprechend für den Abbau diskriminierender Stereotype zur schnellen Schaffung eines Klimas der Aufnahmebereitschaft in EU-Strukturen seitens der Westeuropäer begleitet von Sicherheitsgarantien durch westliche militärische Systeme. Diese EU-Euphorie ist mit der Bankenkrise 2008, der Euro-Krise 2013 und spätestens der Migrationskrise 2015 verfliegen.

## **Dilemmasituation im Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union**

### **Die Russländische Föderation als Dilemmapartei**

Von Dilemmasituation wird sozialwissenschaftlich gesprochen, wenn es Handlungsalternativen gibt, welche jedoch zu unerwünschten Resultaten führen. Für Russland bedeutet die Fokussierung auf eurasische Strukturen und die Reduktion gewachsener und stabiler Verflechtungen mit EU-Staaten faktische ökonomische und kulturelle Verluste bei begrenzt kalkulierbarem Gewinn aus der Neuorientierung. Hinzu kommen reale Kosten der Kriegführung in der Ukraine in humaner und materieller Dimension, welche schwerlich mit (erwarteten) zukünftigen Erträgen aufzurechnen sind.

Allerdings ist die russische Staatsführung erfahren — und wissenschaftlich belesen — genug, sich im Sinne der MACKINDER'schen geopolitischen Doktrin, die auch die EU-europäische (und amerikanische) Torschlussrhetorik erklärt, zu entspannen: „Wer das eurasische Kernland (HEARTLAND) beherrscht, beherrscht die Welt.“

### **Die Europäische Union als Dilemmapartei**

Die EU-Akteure können dem Dilemma kaum entinnen. Aus der Sicht der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist ein supermächtiges Russland eine notwendige Bedingung für ein Fortwirken Russlands als operationables Feindbild. Vor diesem Hintergrund ist die militärische Parteinahme für die Ukraine im laufenden Kriegsgeschehen identitätstheoretisch zweiseitig für die Europäische Union, denn ohne ein supermächtiges Russland an der EU-Ostgrenze droht ein rascher Zerfall der EU und eine hegemoniale Vereinnahmung einzelner derzeitiger EU-Mitgliedstaaten (vom Baltikum über Polen in Richtung Balkan) durch die USA.

EU-interne Identitätsfaktoren (ohne Russland als Feindbildkomponente) sind nicht stark genug ausgeprägt, um die Europäische Union unter dem Druck amerikanischer Unipolaritätsstrategien im Kern zusammenzuhalten. Aussagen von Politikerinnen (mit der Außenwirkung von „Novizinnen“) in führenden Positionen der Diplomatie zu Bestrebungen der Vernichtung Russlands „auf ewig“ sollten daher von Personen mit Richtlinienkompetenz umgehend korrigiert werden.